

Hamburgs Hafen: Anstieg der Drogenkriminalität trotz weniger Ermittlungen

Organisierte Kriminalität in Hamburg erzielt über 36 Millionen Euro aus illegalen Geschäften, während Ermittlungsverfahren sinken.

In einem aktuellen Bericht über die Entwicklungen der Organisierten Kriminalität (OK) in Hamburg wird deutlich, dass trotz eines Rückgangs bei den Ermittlungsverfahren die finanziellen Erträge aus illegalen Geschäften stark angestiegen sind. Dies wirft Fragen zur Wirksamkeit der Bekämpfung von Drogenhandel und organisierter Kriminalität auf und verdeutlicht die Herausforderungen, vor denen die Behörden stehen.

Steigende Einnahmen der Organisierten Kriminalität

Im Jahr 2023 wurden den Ermittlungsbehörden in Hamburg Überträge von mehr als 36 Millionen Euro im Rahmen von 15 gemeldeten OK-Verfahren zur Kenntnis gebracht. Diese Zahlen sind alarmierend, insbesondere wenn man bedenkt, dass im Vorjahr die Einnahmen nur bei gut 17,5 Millionen Euro lagen. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter äußert sich besorgt über diesen Trend und betont die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen.

Der Hafen als Schlüsselstelle für den Drogenhandel

Hamburg, als drittgrößte Hafenstadt Europas, fungiert als ein zentrales Drehkreuz für den internationalen Drogenhandel. Die Behörden haben erkannt, dass der Hafen eine besondere Verwundbarkeit für die Organisierte Kriminalität darstellt. Laut den Äußerungen des Senats wird die Bekämpfung dieser kriminellen Strukturen als oberste Priorität betrachtet, wobei die bereits eingeleiteten Maßnahmen wie die „Allianz sicherer Hafen“ die Gefahren, die von diesen kriminellen Organisationen ausgehen, adressieren sollen.

Die Sicht der Kriminalbeamten

Jan Reinecke, der Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, erläutert, dass der Rückgang der ermittelten Verfahren nicht automatisch ein Zeichen für eine abnehmende Organisierte Kriminalität ist. Er kritisiert die gegenwärtige Politik, die seiner Ansicht nach eine umfassendere Aufklärung der Strukturen der OK verhindert. Datenschutzbestimmungen und fehlende spezielle Gesetze, die eine bessere Strafverfolgung ermöglichen würden, tragen zur Komplexität der Situation bei.

Herausforderung der Vermögensabschöpfung

Die CDU-Fraktion fordert, eine konsequente Vermögensabschöpfung von Erträgen der Organisierten Kriminalität durchzusetzen. Fraktionschef Dennis Thering konstatiert, dass die bestehenden Maßnahmen nicht ausreichen, um den Tätern deutlicher zu machen, dass ihre illegalen Aktivitäten nicht tragbar sind. In Anbetracht der enormen Mengen an Kokain, die über den Hamburger Hafen geschmuggelt werden, erscheinen die gesicherten Vermögenswerte als unbedeutend.

Diskussion um Clankriminalität

Eine weitere wichtige Thematik ist die Diskussion um

Clankriminalität in Hamburg. Der Senat stellt klar, dass es keinerlei Hinweise auf Clankriminalität, wie sie in anderen deutschen Städten beobachtet wird, gibt. Bei den Tatverdächtigen handelt es sich in gut 50 Prozent der Fälle um deutsche Staatsbürger, während die größte ausländische Gruppe albanische Staatsangehörige bildet. Dieser Punkt wird in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert, da die Bezeichnung „Clankriminalität“ häufig als stigmatisierend angesehen wird.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Entwicklungen in Hamburg hinsichtlich der Organisierten Kriminalität weiterhin besorgniserregend sind. Es bleibt abzuwarten, welche Maßnahmen die Behörden ergreifen werden, um dem steigenden Einfluss von Drogenhandel und organisierter Kriminalität entgegenzuwirken und wie diese sich auf die Sicherheit der Stadt auswirken werden.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de